

Niederschrift

über die 31. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 18.06.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

| | Seite |
|---|-------|
| Öffentliche Sitzung | 4 |
| 1 Einwohnerfragestunde | 4 |
| 2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 10.3.2019 zu einer Wegeverbindung zwischen Haltestelle Kamperweg und Wienenweg/Winklerweg Vorlage: FB5/0929/2019 | 4 |
| 3 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 3.4.2019 zu einem ganztägigen LKW-Durchfahrtsverbot (außer Lieferverkehr) auf der Römerstraße Vorlage: FB5/0931/2019 | 4 |
| 4 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 06.05.2019 "Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes" Vorlage: DezIII/0963/2019 | 4 |
| 5 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 30.04.2019 zur Vermeidung von vermeidbarer Naturbeunruhigung durch die Stadt Meerbusch Vorlage: SB11/0965/2019 | 5 |
| 6 1. Bericht zur Finanzsituation 2019 zum 31.05.2019 Vorlage: SFI/0335/2019 | 6 |
| 7 Ausfallende Staatszuschüsse für Baumaßnahmen Vorlage: SFI/0328/2019 | 6 |
| 8 Anträge | 7 |
| 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Fortschreibung Klimaschutzkonzept Vorlage: BM/0262/2019 | 7 |
| 9 Anfragen | 7 |
| 10 Termin der nächsten Sitzung: 24.09.2019 | 7 |
| 11 Verschiedenes | 7 |

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 20:15 Uhr

Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Rita Henning Ratsmitglied Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro der Bürgermeisterin und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent der Bürgermeisterin

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

Herr Christian Volmerich Service Finanzen

Herr Jürgen Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 10.3.2019 zu einer Wegeverbindung zwischen Haltestelle Kamperweg und Wienenweg/Winklerweg Vorlage: FB5/0929/2019

Beschluss:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 10.3.2019 zu einer Wegeverbindung zwischen Haltestelle Kamperweg und Wienenweg/Winklerweg an den zuständigen Bau- und Umweltausschuss.

Ratsherr Peters bittet darum, kurzfristiger als von der Verwaltung vorgeschlagen eine Lösung für eine Wegeverbindung zu finden. Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass die Verwaltung die grundsätzliche Machbarkeit prüft und den Ausschuss entsprechend informiert.

3 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 3.4.2019 zu einem ganztägigen LKW-Durchfahrtsverbot (außer Lieferverkehr) auf der Römerstraße Vorlage: FB5/0931/2019

Aufgrund der vorangegangenen Beratungen des Bau- und Umweltausschusses wird der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

4 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 06.05.2019 "Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes" Vorlage: DezIII/0963/2019

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 06. Mai 2019 zur Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes an den zuständigen Bau- und Umweltausschuss.

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, der Bürgeranregung zu folgen und unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency („Klimanotstand“), wie sie in der Anregung niedergelegt ist.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen Die Grünen und Die Linke / Piratenpartei auf Verweisung in die kommende Sitzung des Rates.

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|--------------------------------|-----------|-------------|---------------------|
| CDU | | 8 | |
| SPD | 3 | | |
| FDP | 2 | | |
| Bündnis 90 / Die Grünen | 2 | | |
| UWG | 1 | | |
| Die Linke/Piraten | 1 | | |
| Bürgermeisterin | | | 1 |
| Gesamt | 9 | 8 | 1 |

Die Petentin nimmt Stellung zur eingereichten Anregung.

Die Ratsherren Peters und Becker führen an, dass der Bau- und Umweltausschuss aufgrund der Tragweite der möglichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ausrufung des Klimanotstandes nicht das adäquate Beschlussgremium darstelle. Daher beantragen sie, die Beratung zur Anregung in die kommende Sitzung des Rates zu verweisen.

5 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 30.04.2019 zur Vermeidung von vermeidbarer Naturbeunruhigung durch die Stadt Meerbusch Vorlage: SB11/0965/2019

Beschluss:

Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss:

Der Haupt- Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 30.04.2019 zur Vermeidung von vermeidbarer Naturbeunruhigung durch die Stadt Meerbusch an den zuständigen Bau- und Umweltausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Peters fragt an, inwiefern bis zur weiteren Beratung im September sichergestellt werde, dass kein vorzeitiger Baubeginn für den Neubau der Brücke am Latumer See erfolge.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass bisher kein Bauantrag eingereicht worden sei und ein Baubeginn vor einer Beratung des Bürgerantrages daher schon zeitlich nicht erfolgen könne.

6 1. Bericht zur Finanzsituation 2019 zum 31.05.2019
Vorlage: SFI/0335/2019

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Inhalte der Vorlage. Sie weist insbesondere darauf hin, dass die Haushaltsabwicklung 2019 dann risikobehaftet sei, wenn die geplanten Veräußerungsgewinne auf dem Grundstücksverkauf Am alten Teich nicht realisiert werden könnten. Der Wegfall der eingeplanten Staatszuschüsse, wie unter TO 7 dargelegt, könne für zwei Maßnahmen durch Wenigerausgaben bei der Kreisumlage sowie bei Sach- und Dienstleistungen gedeckt werden. Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

7 Ausfallende Staatszuschüsse für Baumaßnahmen
Vorlage: SFI/0328/2019

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Inhalte der Vorlage, nach der die Stadt Meerbusch für die beantragten Maßnahmen „Kunstrasenplatz Büderich“, „Foyer Theater am Wasserturm“ und „Fassadensanierung der Gesamtschule“ keine Zuschüsse erhalten habe. Aufgrund der Höhe des Ausgabevolumens von 7,5 Mio € sehe die Verwaltung keine Möglichkeit, die geplante Fassadensanierung in diesem Jahr zu beginnen. Insofern werde die Verwaltung im Haushalt 2020 erneut Mittel für die Fassadensanierung einplanen.

Ratsherr Rettig und Ratsfrau Dr. Schomberg sind der Auffassung, dass aufgrund der sich durch die ausfallenden Staatszuschüsse verändernden Finanzierung eine erneute Beschlussfassung erfolgen müsse, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage und Kämmerer Fiebig erläutern, dass der Haushalt nach dem Bruttoprinzip verabschiedet würde und es durch Ertragsverbesserungen zu keinen außerplanmäßigen Aufwendungen durch die Realisierung der Maßnahmen Kunstrasenplatz und Wasserturm komme. Entsprechend der Haushaltslage könnten diese Maßnahmen durchgeführt werden, die Maßnahme „Fassadensanierung Gesamtschule“ könne aufgrund des deutlich höheren Mittelbedarfs durch den Haushalt nicht gedeckt werden. Über diese Maßnahme sei im Zuge der kommenden Haushaltsberatungen daher neu zu beschließen.

Ratsherr Schoenauer weist daraufhin, dass durch die Fassadensanierung keine Verbesserung für den Unterrichtsbetrieb erreicht würde.

Ratsherr Rettig beantragt die erneute Abstimmung über die Realisierung der Maßnahmen.

Maßnahme „Kunstrasenplatz Eisenbrand“

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|--------------------------------|-----------|-------------|---------------------|
| CDU | 8 | | |
| SPD | 3 | | |
| FDP | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | | 1 |

| | | | |
|--------------------------|-----------|----------|----------|
| Die Linke/Piraten | | 1 | |
| Bürgermeisterin | 1 | | |
| Gesamt | 12 | 5 | 1 |

Maßnahme „Foyer Wasserturm“

| | Ja | Nein | Enthaltungen |
|--------------------------------|-----------|-------------|---------------------|
| CDU | 8 | | |
| SPD | 3 | | |
| FDP | | 2 | |
| Bündnis 90 / Die Grünen | | 2 | |
| UWG | | | 1 |
| Die Linke/Piraten | | 1 | |
| Bürgermeisterin | 1 | | |
| Gesamt | 12 | 5 | 1 |

8 Anträge

**8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Fortschreibung Klimaschutzkonzept
Vorlage: BM/0262/2019**

Ratsherr Peters bittet darum, entgegen den schriftlichen Ausführungen den Antrag seiner Fraktion gemeinsam mit dem Bürgerantrag zur Ausführung des Klimanotstandes (TOP 4 der heutigen Sitzung) ebenfalls in der Ratssitzung am 27.06.2019 zu behandeln.

9 Anfragen

10 Termin der nächsten Sitzung: 24.09.2019

11 Verschiedenes

Klageverfahren Vorfeld-West, Flughafen Düsseldorf

Justiziar Dr. Saturra berichtet, dass die Stadt gegen den Planfeststellungsbeschluss des Landes NRW zur Erweiterung der Vorfeldflächen auf dem westlichen Betriebsgelände des Düsseldorfer Flughafens

im Jahre 2015 Klage vor dem Oberverwaltungsgericht NRW in Münster erhoben habe. Das Gericht habe die Klage mit Urteil vom 07.06.2018 abgewiesen und die Revision nicht zugelassen.

Gegen die Nichtzulassung der Revision habe die Stadt – vertreten durch Herrn Rechtsanwalt Sommer aus Berlin – im letzten Jahr Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erhoben. Mit der Beschwerde seien Revisionszulassungsgründe geltend gemacht worden in Bezug auf das Recht der Umweltverträglichkeitsprüfung, das Verwaltungsverfahrenrecht, die Planrechtfertigung und einen Aufklärungsmangel. Das Bundesverwaltungsgericht habe die Beschwerde nun mit Beschluss vom 16.04.2019 zurückgewiesen. Es seien keine Fragen mehr offen, die rechtsgrundsätzliche Bedeutung hätten und daher geklärt werden müssten.

Weitere Rechtsmittel gegen die Entscheidung seien nicht mehr zulässig.

Feierlichkeiten zum 50jährigen Stadtjubiläum

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass eine Projektgruppe der Verwaltung erste Vorbereitungen zu Veranstaltungen im kommenden Jubiläumsjahr begonnen habe. So solle es zum Jahreswechsel 2019 / 2020 eine große Silvesterparty in einem Festzelt auf dem Dr. Hans-Lampenscherff-Platz mit gehobenem Ambiente, Feuerwerk und Live-Musik der 70er Jahre geben. Weiterhin sollen alle städtischen Veranstaltungen des kommenden Jahres unter das Thema des Stadtjubiläums gestellt werden.

Skaterpark

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erläutert, dass der Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Skaterpark aufgrund der Notwendigkeit einer offenen und zielführenden Diskussion mit allen Beteiligten im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses hätte beraten werden sollen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Sport das Thema auf die Tagesordnung der Sitzung am 25.06.2018 genommen habe, insofern sei eine Beratung im Fachausschuss im Sachzusammenhang aus ihrer Sicht sinnvoll. Dies sei zwischen ihr und dem Ersten Beigeordneten dann auch so besprochen worden. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bittet sicherzustellen, dass in der Sitzung alle Fragestellungen zum Projekt beantwortet werden können und auch die Projektleiterin Frau Bundrock-Muhs sich in der Sitzung äußern kann; ggfls. müsse dies in einem nichtöffentlichen Sitzungsteil erfolgen. Ihrer Fraktion ginge es darum, endlich Klarheit zum Projektstand und der Möglichkeit der Realisierung zu gelangen.

Es besteht Einigkeit, dass die Thematik daher in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport beraten werden solle.

Meerbusch, den 24. Juni 2019

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Patrick Wirtz
Schriftführer/in